

BASELBIETER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.



Geschätzte Freisinnige

Editorial

Gemeinsam statt gegeneinander

Die Schweiz ist heute ein Erfolgsmodell. Das ist nicht selbstverständlich, weil immer mehr Akteure gegeneinander anstatt miteinander kämpfen. Am Anfang des Erfolgs stehen ambitionierte Menschen, die etwas wagen und ihrer Arbeit mit Elan nachgehen. Unsere Heimat braucht wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Unternehmertum ermöglichen, nicht verhindern. Nur so können wir alle gemeinsam die drängenden Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich anpacken.

Seiten 12 bis 16

Neumitglieder-Porträt

Viele Menschen haben sich in der letzten Zeit entschlossen, FDP.Die Liberalen beizutreten. In einer Serie bringen wir Ihnen einige dieser Menschen näher und wollen von ihnen wissen, was sie dazu bewegt hat.

Seite 20

Reportage vom Haustürwahlkampf

Es wurde viel geschrieben über den Haustürwahlkampf der FDP. Doch wie ist es, selber von Tür zu Tür zu gehen? Wie kommt das bei den Menschen an? Kantonsrätin Astrid Furrer teilt ihre Erfahrungen und gibt wichtige Tipps.

Seite 21

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen. Diese alte Weisheit gilt auch für die Baselbieter FDP, weshalb es grundsätzlich gilt, den politischen Blick sofort wieder nach vorne zu richten. Dennoch darf nach den Ergebnissen der Regierungs- und Landratswahlen vom 31. März 2019 eine kurze Lagebeurteilung nicht fehlen, zumal sie nicht allzu schwierig ist. Unsere Regierungsrätin Monica Gschwind wurde überzeugend wiedergewählt, und entgegen dem Trend haben wir unsere Sitze im Landrat gehalten. Punkt. Alles andere sind Deutungen, Analysen und Interpretationen der Politiker, der Politikwissenschaftler und von solchen, die diesem Geschäft Politik einen wissenschaftlichen Anstrich geben wollen. Nach einem engagierten Wahlkampf und einer Legislatur, in welcher das von uns gesteckte Hauptziel – die Gesundung der Kantonsfinanzen – erreicht worden ist, konnten wir unsere Sitze im Landrat verteidigen. Vielleicht nicht ganz in der gewünschten oder orakelten Höhe, dafür aber solide angesichts der grünen Welle. Politik ist letztlich nichts anderes als einfache Mathematik, oder etwas profaner ausgedrückt, blosses Zählen. Politischer Erfolg zeigt sich nicht in der Anzahl eingereicherter Vorstösse oder publizierter Ideologien und Fantasereien. Nein, erfolgreiche Politik heisst ganz einfach: eine Stimme mehr. Das reicht vollauf. Die Kunst der kommenden Legislatur wird somit sein, in den entscheidenden Momenten, in den Abstimmungen, minimal eine Stimme mehr für unsere Anliegen zu gewinnen. Mehr braucht es nicht, bloss



Andreas Dürr, Landrat und des. Fraktionspräsident

die eine Stimme. Das ist Politik. Dass eine bürgerliche Politik unter den neuen Kräfteverhältnissen des Landrats nicht einfacher sein wird, liegt auf der Hand. Aber mit überzeugenden Argumenten, intelligenten Lösungen, pragmatischen Allianzen und überzeugenden, freisinnigen Ansätzen sollte diese

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–9 Baselbieter Freisinn
- 10 Digitaler Wahlkampf der FDP
- 11 Petra Gössi
zu den Wahlen 2019
- 12 Hans Hess zum
Rahmenabkommen
- 13 Gemeinsam das
Unternehmertum stärken
- 14 Ja zu gleich langen Spiessen
für KMU
- 15 Home Office / Arbeitsmarkt 2.0
- 16 Nachhaltiges Unternehmertum
- 17 Ja zur AHV-Steuvorlage
- 18/19 Gastbeitrag von Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
- 20 Neumitglieder
- 21 Reportage vom
Haustürwahlkampf
- 22 Leserbriefe
- 23 Agenda und Parolenspiegel

Kantonsteil:

Redaktion Baselbieter Freisinn
FDP Baselland | Postfach 420 | 4410 Liestal
T: 061 927 87 17 | F: 061 921 96 51
E: info@fdp-bl.ch | www.fdp-bl.ch

Layout und Druck:

NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06



Gemeinsam lösen wir die Probleme unserer Zeit

Gemeinsam kommen wir weiter!

Liebe Freisinnige

Die Schweiz ist heute ein Erfolgsmodell, weil die Menschen in der Schweiz seit jeher Verantwortung für sich und die Gemeinschaft übernommen haben. Ein Beispiel dafür sind die vielen Unternehmerinnen und Unternehmer in der Schweiz. Dank ihrem Mut, in Forschung und Entwicklung zu investieren, garantieren sie den Menschen in unserem Land Arbeitsplätze, Wohlstand und Fortschritt.

Unsere Unternehmen sind es auch, die mit ihren Innovationen einen wichtigen Beitrag leisten, dass wir die Herausforderungen der Zukunft, beispielsweise in der Umweltpolitik, anpacken können. Wir stellen Ihnen in dieser Ausgabe zwei Freisinnige vor, die sich mit ihren Unternehmen an vorderster Front engagieren. Sie sind der beste Beweis, dass Umweltpolitik Wirtschaftspolitik ist!

Miteinander statt gegeneinander

Um aber überhaupt in die Forschung investieren zu können, braucht die Wirtschaft gute Rahmenbedingungen. Das Interview mit Hans Hess zum Rahmenabkommen zeigt das auf. Gleichzeitig ist aber auch klar, dass die Wirtschaft ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gegenzug gute und moderne Arbeitsbedingungen ermöglichen muss – etwa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mehr dazu erfahren Sie von Thierry Burkart und Philippe Nantermod.

Anstatt die Wirtschaft und die Gesellschaft gegeneinander auszuspielen, wie dies die sozialis-

tischen Kräfte in unserem Land mit ihrer Verbotspolitik versuchen, müssen wir alle gemeinsam Verantwortung übernehmen. Damit wir das Erfolgsmodell Schweiz in die Zukunft tragen können, braucht es ein Miteinander der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft. Denn nur wenn wir die Probleme unserer Zeit gemeinsam lösen, kommen wir weiter.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre!

Liberale Grüsse

Ihre Petra Gössi

Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

PS: Die FDP hat Lust auf Fortschritt – Lust auf Digitalisierung! Wir haben deshalb den «Freisinn» digital erweitert: Mit **«Augmented Reality»** verbinden wir ab sofort Gedrucktes mit Digitalem, um Sie noch besser informieren zu können. Probieren Sie es aus: Laden Sie die Gratis-App **«XTEND»** auf Ihr Smartphone, öffnen Sie die App, und richten Sie die Kamera für einige Sekunden auf die mit dem «X»-Symbol versehenen Bilder im «Freisinn» – auch auf dieser Seite! Sie werden staunen.

«Kräfte bündeln»

Aus der Parteileitung

Zuerst einmal: Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung am Parteitag vom 10. April und meine einstimmige Wahl zur Kantonalpartei-Präsidentin. Ich habe mich sehr über die grosse Unterstützung und die vielen motivierenden Worte der Mitglieder und Delegierten gefreut!

Als ich am 5. Dezember 2018 als Präsidentin ad interim eingesprungen bin, war es das grösste Ziel der Parteileitung, Konstanz sicherzustellen und alle Kräfte für den Wahlkampf zu bündeln. Das ist uns dank grosser Unterstützung der Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer aus den Sektionen gelungen. Vielen Dank allen für ihren grossen Einsatz im Wahlkampf!

Der Wahlsonntag wurde aber zur Zitterpartie, wir wussten nicht recht, was geschehen wird in einem Umfeld, in dem das Wort «Grün» im Zentrum steht. Gegen Abend wussten wir: Die FDP blieb in allen Wahlkreisen trotz des schwierigen Klimas konstant. Nach den Verlusten in Zürich und Luzern bin ich sehr erfreut, dass wir dank einer en-

gagierten Kampagne unsere Sitze halten konnten. Aber, ich nehme die Resultate auch als Warnschuss – wir hatten diesmal Proporzglück, und darauf dürfen wir in vier Jahren nicht zählen. Das verlangt nach einem Vierjahresplan, nach wichtigen Grundlagenarbeiten, nach Aufbau von künftigen Exponentinnen und Exponenten und vor allem nach Stärkung der Sektionen. Das, liebe Freisinnige, steht nun an – die Kräfte bündeln und für die nächsten vier Jahre gezielt einsetzen. In der Parteileitung haben wir mit Matthias Mundwiler und unserer Geschäftsführerin Gina Zehnder Sektionsverantwortliche. Sie werden in den kommenden Wochen mit den Sektionspräsidentinnen und -präsidenten Kontakt aufnehmen. Es gilt, die Stärken und Schwächen der einzelnen Sektionen sowie Lösungsansätze zu erörtern und gemeinsam Aufgaben festzuhalten inklusive Unterstützung der Kantonalpartei. Ich freue mich auch hier auf einen guten Austausch und danke Matthias Mundwiler und Gina Zehnder für ihren Einsatz.



Saskia Schenker, Landrätin und Parteipräsidentin FDP BL

Auch wenn wir in der Parteileitung Konstanz sicherstellen möchten, gibt es gezwungenermassen Wechsel bis zu den Sommerferien. Orlando Meyer hat seinen Rücktritt aus der Parteileitung per Ende März gegeben. Er hat seinerseits beim Parteileitungswechsel im Sommer 2017 für Konstanz gesorgt und sieht nun die Zeit für seinen Rückzug gekommen. Ich danke Orlando ganz herzlich für seine Arbeit für unsere Partei und die wichtige Expertise, die er insbesondere aus seiner Tätigkeit betreffend Personalfragen eingebracht hat. Wir werden ihn am Parteitag vom 26. Juni entsprechend verabschieden.

Neben der erwähnten personellen Änderung und den nun in Angriff zu nehmenden mittelfristigen Grundlagenarbeiten gilt unser Fokus natürlich voll und ganz den nationalen Wahlen mit einer starken Nationalratsliste und unserer Nationalrätin Daniela Schneeberger als Ständeratskandidatin. Wir zählen auch hier wieder darauf, dass alle mithelfen, die Kräfte zu bündeln, und alles geben, damit die FDP und der Freisinn am 20. Oktober einen Erfolg feiern dürfen.

Saskia Schenker
Landrätin und Parteipräsidentin FDP BL



Die FDP Baselland nominiert Nationalrätin Daniela Schneeberger zur Ständeratskandidatin.

Fortsetzung von Seite 1

eine Stimme durchaus zu holen sein. Unsere Fraktion ist insoweit gut aufgestellt. Sie verfügt über die nötige Erfahrung, Vielseitigkeit und gedankliche Vorstellungskraft bezüglich des politisch Machbaren. Die Fraktion wird sich aber auch durch Geschlossenheit auszeichnen müssen. Und diese finden wir immer wieder in den freisinnigen Grundsätzen der Eigenverantwortung und dem Vertrauen

in die Kraft der privaten Initiative, der wir stets den Vorzug vor staatlichem Dirigismus geben werden. Das ist unser Kompass. Die FDP steht für eine moderne Schweiz und eine zukunftsgerichtete Politik. In hektischen Zeiten mit komplexen Vorlagen ist es wichtig, sich immer wieder nach dem eigenen Urmeter ausrichten zu können. Die Fraktion wird dies mit Sicherheit tun – sie wird daran gemessen werden. Ich freue mich darauf, mit dieser starken Fraktion auch in einem ständig härter werdenden politi-

schen Umfeld den freisinnigen Anliegen zum Erfolg zu verhelfen. Mit den gleichen Grundsätzen, der gleichen Einigkeit werden wir im Herbst die nationalen Wahlen in Angriff nehmen. Unsere Nationalratsliste ist hervorragend besetzt, der Ständeratssitz in greifbarer Nähe. Der Rest ist Wählen – eine Stimme mehr!

Andreas Dürr
Landrat, designierter Fraktionspräsident

Wir gratulieren

unseren Landrätinnen und Landräten



Jacqueline Bader
Wahlkreis Reinach

Rolf Blatter
Wahlkreis Reinach



Stefan Burgunder
Wahlkreis Pratteln



Martin Dätwyler
Wahlkreis Laufen



Stefan Degen
Wahlkreis Gelterkinden



Andreas Dürr
Wahlkreis Oberwil



Thomas Eugster
Wahlkreis Liestal



Christine Frey
Wahlkreis Münchenstein



Christof Hiltmann
Wahlkreis Muttenz



Sven Inäbnit
Wahlkreis Binningen



Christina Jeanneret
Wahlkreis Oberwil



Andrea Kaufmann
Wahlkreis Waldenburg



Heinz Lurf
Wahlkreis Liestal



Saskia Schenker
Wahlkreis Sissach



Marc Schinzel
Wahlkreis Binningen

unserer
Regierungsrätin



Monica Gschwind
Regierungspräsidentin



Balz Stückelberger
Wahlkreis Münchenstein



Jürg Vogt
Wahlkreis Allschwil

Interview mit Daniela Schneeberger

Nationalrätin in den Ständerat

Liebe Daniela, vielen Dank, dass Du Dir Zeit nimmst für ein Interview. Am 10. April 2019 hat Dich der Parteitag der FDP Baselland zur Ständeratskandidatin für die nationalen Wahlen 2019 nominiert – ich gratuliere Dir nochmals ganz herzlich dazu. Gerne möchte ich mit Dir einen Rückblick über Deine bisherige Arbeit als Nationalrätin machen, aber auch einen Ausblick auf die Zukunft wagen. Seit 5. November 2011 bist Du Baseltier Nationalrätin. Was war seither das eindrücklichste Ereignis für Dich?

Danke, ich freue mich sehr über die Nomination und werde mich mit ganzer Kraft im Wahlkampf dafür einsetzen, damit der Ständeratssitz unseres Kantons mit einer bürgerlichen Stimme vertreten ist. Das eindrücklichste Ereignis war sicher die Verteidigung sowohl im Jahr 2011 bei meiner ersten Wahl wie auch bei der Wiederwahl. Ich habe viel dafür gearbeitet, und es ist für mich keine Selbstverständlichkeit, für unser Land und die Menschen im Land und im Kanton in Bundesbern Politik zu machen und die besten Lösungen zu erarbeiten. Ich gehe nach wie vor mit viel Respekt und natürlich Motivation an die parlamentarische Arbeit.

Du hast Dich auch starkgemacht für die Umsetzung der Revision des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer. Warum war Dir dies so wichtig? Es ging um die Verwirkung der Verrechnungssteuer. «Der Bundesrat wird beauftragt, das Verrechnungssteuergesetz so anzupassen, dass in der Schweiz ansässige natürliche Personen die Verrechnungssteuer-Rückerstattung wegen versehentlichem oder fahrlässigem Nicht- oder Falschdeklarieren nicht verwirken, solange gewährleistet ist, dass die mit der Verrechnungssteuer belasteten Vermögenserträge besteuert werden.»

Ein Kreisschreiben der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) hatte zu einer falschen Praxis geführt, so, dass die Verrechnungssteuer nicht mehr zurückverlangt werden konnte. Diese Praxisänderung konnte nun endlich korrigiert werden. Für mich schlimm war die Erkenntnis, dass in der Verwaltung gegenüber Steuerpflichtigen vornehmlich Misstrauen statt Vertrauen vorherrscht. Man geht davon aus, Steuerpflichtige seien grundsätzlich verdächtig. Völlig falsch. Die Verwaltung muss den Bürgern grundsätzlich Vertrauen entgegenbringen,

denn nur wenige missbrauchen das Steuersystem. Eine Vertrauensbasis wirkt für alle positiv. Ich möchte, dass dieses Verhältnis zwischen Bürger und Staat wieder normalisiert wird.

Ausserdem – und das ist mein zweiter Vorstoss in Sachen Verrechnungssteuer – hat der Bund die Tendenz zur Unverhältnismässigkeit. Beim Meldeverfahren spricht er unverhältnismässig hohe Busen wegen verspäteter Meldungen aus. Selbst ist er aber nicht in der Lage, die Meldeverfahren innert nützlicher Frist zu behandeln oder bei Rückfragen zu antworten. Man hat auch hier das Gefühl, der Bund hätte kein Verständnis für den einfachen Bürger, der hart arbeitet, versucht, seine Sache richtig zu machen, aber halt dann in der Hitze des Gefechtes z. B. administrative Arbeiten wie eine solche Meldung vergisst oder die Frist nur leicht verpasst.

Mehr Augenmass, Vertrauen und Verhältnismässigkeit wäre hier angesagt!

In der Durchsicht Deiner Vorstösse merkt man schnell: Die Bevölkerung liegt Dir am Herzen. Poststellenschliessungen, aber auch ungeklärte Fälle der KESB bewegen die Bevölkerung und Dich. Ja, das ist mir wichtig. Wir müssen doch an die Menschen denken, die mit der Digitalisierung, der Globalisierung nicht gleich schnell mitkommen bzw. das noch erlernen können. Insbesondere die älteren Menschen haben Mühe mit diesem Wandel. Dem muss man Rechnung tragen. Ich finde, die Post soll sich darauf konzentrieren, der Bevölkerung einen möglichst einfachen Service zu bieten, und auf dessen Qualität setzen und eben auch auf alle Bevölkerungsschichten und -alter schauen. Die Bundesbetriebe müssen nicht in erster Linie Geld verdienen – sie sind unternehmerisch geführt, aber wir haben sie ja nicht deshalb geschaffen, weil der Staat lukrativ arbeiten soll. Das ist die Aufgabe der privaten Unternehmen. Die Führungskräfte in den Bundesbetrieben verhalten sich oft so, als seien sie Unternehmer am Markt. Meine Sicht ist eine andere: Sie haben dank ihrer Marktstellung ein Privileg und einen Versorgungsauftrag.

Ich höre sehr viel Kritik an der KESB und ich verstehe diese auch, wenn man das Gefühl hat, dass unter dem Vorwand der Professionalisierung der gesunde Menschenverstand ausgeschaltet wird. Es

steht und fällt auch hier mit der Umsetzung der Gesetze und damit, wie sich die Behörde in der Praxis verhält. Von dem her habe ich mit meinen Vorstössen auf Missstände hingewiesen und die Gesetzgebung hinterfragt.



Daniela Schneeberger, Nationalrätin

Wenn ich dann das Interview vom 28. März 2019 mit der KESB-Präsidentin Winterthur-Andelfingen lese, welche stossende Aussagen macht im Zusammenhang mit dem Vertretungsrecht bei Ehepartnern, dann lohnt es sich, hinzuschauen und Druck zu machen. Service-public- und KESB-Themen beschäftigen mich schon auch sehr, weil viele Menschen mich darauf ansprechen. Ich glaube, wenn wir uns im Baseltier für Menschlichkeit und gesunden Menschenverstand einsetzen, machen wir unsere Arbeit richtig.

Und dann setzt Du Dich noch für den Bürokratieabbau und die Stärkung der KMUs ein ... Als Vizepräsidentin des Schweiz. Gewerbeverbandes und Präsidentin des Schweiz. Treuhänderverbandes Treuhänd/Suisse und auch Inhaberin einer Treuhandfirma weiss ich, wo es brennt und wo Einhalt geboten werden muss. Aber wichtig ist mir auch, dass ein Gleichgewicht zwischen grossen und kleinen, sozialen und wirtschaftlichen Anliegen geschaffen wird. Deshalb ist mir das Engagement als Präsidentin des Vereins PatronFonds auch sehr wichtig, in dem ich mich für die Stärkung der Wohlfahrtsfonds einsetze und zu Verbesserungen in rechtlicher und administrativer Hinsicht verholfe habe. Die Wohlfahrtsfonds haben eine wichtige soziale und volkswirtschaftliche Bedeutung in unserer Gesellschaft. Unternehmen, die freiwillig solche Fonds führen, alimentieren und in Härtefällen oder zur Stärkung der Pensionskassen nutzen, sollten gestärkt und ermutigt werden. Ich kann so einen wichtigen Beitrag im sozialpolitischen Bereich leisten. Der Mensch muss immer im Zentrum stehen.

Interview: Gina Zehnder, Geschäftsführerin FDP BL

Wir sind stolz, Ihnen unsere weiteren Nationalratskandidatinnen



Melchior Buchs, Gemeindepäsident,
Reinach

Pragmatische Lösungen mit liberalen Grundsätzen

Der Freisinn braucht eine starke Vertretung in Bern. Mit unseren liberalen Grundsätzen «Freiheit», «Gemeinsinn» und «Fortschritt» gelingt es uns, für alle Problemstellungen Lösungen vorzuschlagen, die zu unserem Land und seinen Menschen passen. Als Nationalrat werde ich mich dafür einsetzen, die Grundpfeiler unseres Wohlstandes zu stärken:

- Starke Berufsbildung und international wettbewerbsfähige Hochschulen
- Liberale Wirtschaftsordnung mit attraktiven Rahmenbedingungen für Start-ups, KMU und international tätige Firmen
- Leistungsfähige Infrastrukturen, insbesondere um die Mobilitätsbedürfnisse zu bewältigen
- Arbeitskräftepotenzial optimal nutzen (Arbeitszeitmodelle, Vereinbarkeit Beruf/Familie)
- Stabiler Generationenvertrag als Grundlage für eine langfristige finanzielle Sicherung der Altersvorsorge und einer sozial verträglichen Finanzierung des Gesundheitssystems
- Verantwortungsvoller Umgang mit dem Raum und den natürlichen Ressourcen

Es ist kein Zufall, dass die FDP in der grossen Mehrheit der bevölkerungsstärkeren Gemeinden des Kantons Baselland die Gemeindepresidien stellt. Unserer Partei wird zugetraut, Verantwortung zu übernehmen und für die anstehenden politischen Herausforderungen pragmatische Lösungen zum Wohle der gesamten Bevölkerung zu finden und umzusetzen.



Christoph Buser, Landrat, Direktor Wirtschaftskammer
Baselland, Füllinsdorf

Erfolgreich auch in Bundesbern

Die Baselbieter Freisinnigen haben in den vergangenen Jahren im Kanton viel erreicht – gemeinsam mit der Wirtschaft und den Hauseigentümerinnen und -eigentümern. So gelang es, ein landesweit wegweisendes, modernes Energiegesetz zu etablieren. Es fördert die energetische Sanierung, trägt zur Reduktion des CO₂-Ausstosses bei und setzt auf Anreize statt auf Verbote. Gemeinsam mit den Wohneigentümerinnen und -eigentümern konnten wichtige Geschäfte an der Urne erfolgreich durchgebracht werden (Bsp.: Gegenvorschlag Wohnkosten-Initiative, fairer Landratskompromiss zur Mehrwertabgabe). Ein eigentliches Erfolgsmodell für die KMU-Wirtschaft ist im Bereich Berufsbildung die Berufsschau, welche im Oktober in Pratteln stattfindet. Sie ist landesweit ohne Vergleich und stärkt unser erfolgreiches duales Bildungssystem nachhaltig. In all diesen Bereichen war und bin ich als Wirtschaftskammerdirektor, Präsident des HEV Baselland und im Landrat an vorderster Front mit dabei. Nun gilt es, diese Erfolge der FDP BL in Bundesbern weiterzuführen. Gerne stelle ich mich darum auf der Nationalratsliste zur Verfügung, um gemeinsam mit den anderen Kandidierenden als starkes Team der Partei zu einem guten Resultat bei den Wahlen vom 20. Oktober zu verhelfen.



Nicole Nüssli, Gemeindepäsidentin,
Allschwil

Eine Stimme für die KMU

Mit meiner Kandidatur möchte ich mich für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Baselland mit einer hohen Lebensqualität für alle Einwohnerinnen und Einwohner einsetzen. Aufgrund meiner langjährigen Erfahrung als Gemeindepäsidentin von Allschwil habe ich immer wieder erfahren, dass es dazu an erster Stelle eine gut ausgebaute und für alle Nutzer (MiV und ÖV) funktionierende Verkehrsinfrastruktur braucht. Eine sogenannte hindernisfreie Erreichbarkeit. Nur so ist gewährleistet, dass sich unsere Unternehmen in Zukunft entwickeln können, ihren Sitz im Baselbiet behalten und damit den Wirtschaftsstandort Basel-Landschaft weiter stärken. Deshalb habe ich mich auch von Anfang an für die rasche Realisierung des Zubringers Bachgraben starkgemacht. Damit ist gewährleistet, dass die im Gewerbegebiet Bachgraben domizilierten Unternehmen besser an das übrige Strassennetz angebunden sind und parallel die Gemeinde vom Durchgangsverkehr entlastet wird. Eine klassische Win-win-Lösung für alle Beteiligten. Als selbständige Rechtsanwältin mit eigener Kanzlei kenne ich auch ganz direkt als Unternehmerin die Bedürfnisse der KMU bestens. Dass zu viel Verwaltungsaufwand und vor allem zu viele unnötige Regelungen, aber auch zu hohe Abgaben das Engagement der Unternehmungen lähmen, ist ein offenes Geheimnis. Da möchte ich ansetzen, mich für eine unternehmerfreundliche Politik engagieren und den KMU-Betrieben eine Stimme geben. Ich bin überzeugt, dass auch hier eine Win-win-Lösung für alle Beteiligten nur Vorteile hat.

und Nationalratskandidaten vorzustellen



Saskia Schenker, Landrätin, Präsidentin FDP Baselland, Itingen

Frisch und sachorientiert

Sachorientiert, frisch und nahe bei den Menschen, das ist freisinnige Politik, wie ich sie gerne auch im Nationalrat einbringen möchte. Dabei scheue ich keinen Aufwand, um mitzuhelfen, mehrheitsfähige Lösungen für die schwierigen anstehenden Fragestellungen wie die Finanzierung der AHV, die Dämpfung der Gesundheitskosten, das EU-Rahmenabkommen und die Zielerreichung des Pariser Klimaschutzabkommens zu erarbeiten. Politik mache ich mit grosser Motivation und mit dem freisinnigen, auf Eigenverantwortung basierenden Kompass. Dabei hilft mir meine breite thematische Abstützung. Bereits früh konnte ich mir im EDA und im Staatssekretariat für Migration eine gute Wissensbasis zu nationalen Themen aneignen und weiss seither, wie die Bundesverwaltung tickt. Dank meiner Arbeit für die KMU-Wirtschaft bin ich darüber sensibilisiert, welche Auswirkungen politische Entscheide auf den Standort Baselbiet, den Mittelstand, Arbeitsplätze, aber auch unseren Lebensraum haben. Und als stv. Direktorin in einem Krankenversicherungsverband kenne ich die komplexen Herausforderungen, um endlich den Anstieg der Gesundheitskosten zu dämpfen. Als Landrätin durfte ich mir den Ruf einer aktiven, lösungsorientierten und konstruktiven Politikerin erarbeiten – das würde ich gerne auch in Bundesbern tun.



Marc Schinzel, Landrat, Parteileitung FDP Baselland, Binningen

Freisinn verpflichtet!

Meine Nomination als Nationalratskandidat der Baselbieter FDP erfüllt mich mit Freude. Ich lebe in Binningen, bin verheiratet und habe zwei schulpflichtige Kinder. Als Landrat, Mitglied der kantonalen Parteileitung, Binnerer Einwohnerrat und Vorstandsmitglied der Starken Region Nordwestschweiz bin ich mit der regionalen Politik vertraut. Als promovierter Jurist mit Spezialisierung im Verfassungs- und Völkerrecht arbeite ich im EJPD an einer Schnittstelle zum Parlament. Meine Schwerpunkte sind Staatsorganisation, Sicherheit, Extremismusprävention und religionsrechtliche Fragen. So konnte ich einen breiten Einblick in die Bundespolitik gewinnen. Als Freisinniger kämpfe ich für Freiräume, die wir individuell und in der Gemeinschaft brauchen, um die Schweiz voranzubringen. Freiheit ist für mich nicht Egoismus, sondern eine Verpflichtung, verantwortungsbewusst zu handeln. Es gibt keine nicht-freisinnigen Themen. Es gibt aber bewährte, freisinnige Lösungsansätze. In einer von Verboten und bürokratischen Auflagen geprägten Umgebung erstickt die Innovation. Sie gedeiht, wenn wir auf gute Schulen und Berufsbildung, Chancengleichheit, Talentförderung, unternehmerische Freiheit und Forschung setzen. Diese Anliegen würde ich sehr gerne in Bern vertreten.



Balz Stückelberger, Landrat Arlesheim

Für liberale Werte einstehen

Politik ist meine Leidenschaft. Es ist ein Privileg und eine Verantwortung, das Umfeld mitzugestalten, in dem wir leben und das wir unseren Kindern hinterlassen. Dabei orientiere ich mich konsequent an liberalen Werten jenseits des klassischen Links-Rechts-Schemas. Freiheit und Verantwortung sind keine verstaubten Floskeln, sondern kluge Rezepte für aktuelle Herausforderungen. So ist zum Beispiel eine verantwortungsvolle Klimapolitik keine neuartige grüne Erfindung, sondern ein selbstverständlicher Teil eines liberalen Grundverständnisses. Als Direktor eines Arbeitgeberverbandes gilt mein Hauptinteresse der Wirtschaftspolitik. Darunter verstehe ich im aktuellen Kontext vor allem die Stärkung liberaler und konkurrenzfähiger Arbeitsmarktbedingungen, die Sicherung des Zugangs zum europäischen Markt, aber auch die dringend nötige Reform der AHV und die Eindämmung der Bürokratie. Zudem engagiere ich mich für eine liberale Gesellschaftspolitik, die auf Toleranz und Respekt beruht. Nach vielen Jahren politischer Tätigkeit auf Gemeindeebene und im Landrat bin ich nun bereit für die Bundespolitik. Ich will mit Herz, Verstand und Leidenschaft für liberale Werte einstehen, die der Schweiz Freiheit und Wohlstand gebracht haben.

Unsere Wirtschaft braucht die AHV-Steuervorlage dringend

Am 19. Mai 2019 stimmt die Schweiz über die AHV-Steuervorlage ab. Für das ganze Land, aber insbesondere für unsere Region, ist die Vorlage von grosser wirtschafts- und sozialpolitischer Bedeutung. Seit Jahren ist klar, dass die heute in der Schweiz praktizierte Sonderbesteuerung von Statusgesellschaften (wie z. B. Holdings) international nicht mehr akzeptiert wird. Deshalb muss unsere Unternehmensbesteuerung dringend reformiert werden. Der internationale Druck, vor allem auf unsere international tätigen Unternehmen, ist entsprechend hoch.

Als Direktor der Handelskammer beider Basel bekomme ich direkt mit, wo unseren Unternehmen der Schuh drückt. Eine ihrer grössten Sorgen ist derzeit, dass sie nicht wissen, wie sie in den kommenden Jahren besteuert werden. Kommt hinzu, dass sie vermehrt mit Doppelbesteuerungen konfrontiert werden. Diese Rechtsunsicherheit lähmt und hemmt Investitionen.

Die AHV-Steuervorlage löst diese Probleme und bietet der Wirtschaft Klarheit und Rechtssicherheit.

Im Gegenzug sind die grossen Unternehmen bereit, künftig mehr Steuern zu bezahlen als bisher. Nicht nur die Schweiz generell, sondern gerade unser Kanton profitiert von dieser Vorlage ganz direkt. So werden mit dem Abzug für Forschung und Entwicklung Tätigkeiten in diesem Bereich spezifisch gefördert. Mit der Patentbox wird ein international anerkanntes Instrument eingeführt, um für forschende Unternehmen attraktiv zu sein. Die Schweiz macht also aus der Not eine Tugend und stellt sich dank der Steuervorlage im internationalen Standortwettbewerb bestens auf. Besonders freuen darf sich der Kanton Baselland: Er macht dank der geplanten Umsetzung im interkantonalen Vergleich einen grossen Sprung nach vorne.

Zu dieser Vorlage gehört auch ein sozialer Ausgleich. Nach den verlorenen Abstimmungen über die Unternehmenssteuerreform III und die Altersvorsorge 2020 im Jahr 2017 musste das Parlament einen neuen Weg finden, um in diesen beiden wichtigen Themenbereichen dringend notwendige Reformen anpacken zu können.

Der Weg des parlamentarischen Kompromisses führte über eine Zusatzfinanzierung für unsere AHV. Weil wir immer älter werden, zahlt der AHV-Fonds heute mehr Geld aus, als er über Beiträge einnimmt. Das Finanzloch beträgt über 2 Mrd. Franken. Mit der AHV-Steuervorlage fliessen künftig 2 Mrd. Franken mehr in den AHV-Fonds. Damit bekommt das Parlament etwas mehr Zeit, um eine weitere mehrheitsfähige Lösung zu erarbeiten, die weiterhin notwendig bleibt.

Insgesamt präsentiert sich die Vorlage als ausgewogene Reform, die breit abgestützt ist. Unsere Unternehmen brauchen sie, um Rechtssicherheit zu erhalten. Und wir brauchen sie, um einen Beitrag zur Sicherung unserer Renten zu leisten. Deshalb sage ich Ja zur AHV-Steuervorlage.

Martin Dätwyler
Direktor Handelskammer
beider Basel,
Landrat ab 1. Juli 2019



Martin Dätwyler, neugewählter Landrat

FDP
Die Liberalen



JA
zur AHV-Steuervorlage.
Ein Gewinn für alle.

Gemeinsam weiterkommen.

www.fdp-bl.ch
Twitter YouTube Facebook Instagram

Parolen

Abstimmungsvorlagen für den 19. Mai 2019

JA zum Bundesbeschluss vom 28. September 2018 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

JA zum Bundesgesetz vom 28. September 2018 über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)

Kantonale Vorlagen

NEIN zur Formulierten Gesetzesinitiative «Bildungsressourcen gerecht verteilen und für das Wesentliche einsetzen!» vom 22. Juni 2017

NEIN zur Formulierten Gesetzesinitiative «Stopp dem Abbau an öffentlichen Schulen!» vom 22. Juni 2017

Aus übergeordnetem Interesse: Ja zum Waffenrecht

Hätte die EU ihre Waffenrichtlinie als Reaktion auf die Terroranschläge in Frankreich nicht verschärft, würden wir nicht über die Revision unseres Waffenrechts abstimmen. Mit einem Verbot des Erwerbs halbautomatischer Waffen, der Pflicht zur Kennzeichnung wichtiger Waffenbestandteile und dem Informationsaustausch über die Verweigerung des Erwerbs bzw. den Entzug von Waffen will die EU die Terrorisierungsprävention stärken. Man kann sich fragen, ob sie mit diesen Massnahmen ihr Ziel erreicht. Und doch: Aus übergeordnetem Interesse braucht es am 19. Mai ein Ja zum neuen Waffenrecht. Inhaltlich hat die Schweiz mit Brüssel gut verhandelt und Sonderregelungen erreicht. In vielen Punkten ändert sich nichts für uns. So dürfen Militärangehörige Ordonnanzwaffen weiterhin von der Armee übernehmen. Für die Jäger bleibt alles gleich. Auch Schützen können Waffen nach wie vor erwerben und besitzen. Neu müssen sie einzig nach fünf und zehn Jahren nachweisen, dass sie einem Verein angehören oder regelmässig schiessen. Wafenhändler müssen Käufe und Verkäufe elektronisch melden. Hersteller und Importeure von Waffen müssen sicherstellen, dass wichtige Waffenteile gekennzeichnet sind. Bei Armeewaffen ist dies längst der Fall.

Das alles ist Zusatzaufwand. Dieser ist aber «geringfügig und zumutbar», wie unsere freisinnige EJPD-Vorsteherin Karin Keller-Sutter festhält.



Marc Schinzel, Landrat

Denn es geht um weit mehr: Passt die Schweiz ihr Waffenrecht nicht wie vereinbart an, muss sie in-nerst 90 Tagen mit der EU-Kommission und allen

EU-Staaten (Einstimmigkeit) eine Lösung finden. Gelingt dies nicht, fallen die Abkommen von Schengen und Dublin für unser Land dahin. Schengen/Dublin sind «grosse Kisten». Erstens bei der Sicherheit: Die Mitgliedschaft der Schweiz im Schengener Informationssystem (SIS) führte 2018 zu 19000 Treffern bei zur Fahndung ausgeschriebenen Personen und gesuchten Objekten. Zweitens bei der Visaerteilung und den Grenzkontrollen: Touristinnen und Touristen, die in den EU-Raum reisen, können mit ihren Schengen-Visa auch die Schweiz besuchen. Das kurbelte den Tourismus aus China, Indien und der arabischen Halbinsel stark an. Mit Schengen entfielen auch die systematischen Kontrollen an der Grenze, die gerade in unserer Region sehr viel Zeit, Nerven und Geld kosteten. Das Dublin-Abkommen schliesslich ermöglicht es der Schweiz, Asylsuchende in Vertragsstaaten zurückzuführen, wenn sie sich zuvor nachweislich dort aufgehalten haben. Die Verträge von Schengen und Dublin gehören zu den wichtigsten Abkommen der Schweiz mit Staaten des europäischen Raums und bringen uns grosse Vorteile. Wir dürfen sie keinesfalls aufs Spiel setzen. Deshalb empfehlen Ihnen die FDP Schweiz, die FDP Baselland und ich am 19. Mai ein Ja zum neuen Waffenrecht.

Marc Schinzel
Landrat und Nationalratskandidat

«Einen kühlen Kopf bewahren in der heissen Klimadebatte»

Seit mehreren Monaten finden die Klimademonstrationen statt, an denen Vertreterinnen und Vertretern meiner Generation zum Handeln in der Klimapolitik auffordern. Dieses Engagement und das Interesse an den politischen Prozessen in unserer Demokratie erfüllt mich mit Freude. Dabei beunruhigt mich jedoch die Tatsache, dass vorwiegend linke Politiker die Demonstrantinnen und Demonstranten für eigene Überzeugungen, die nicht direkt mit der Klimadebatte in Verbindung stehen, instrumentalisieren. Soeben habe ich an der FDP-#KlimaUmfrage teilgenommen und mich konstruktiv mit einer lösungsorientierten Klimapolitik auseinandergesetzt. Nun wird es nicht mehr lange dauern, bis die Umfrage ausgewertet wird und klar ist, welche Positionen unsere Mitglieder überzeugt haben. Wichtiger als die Resultate der Umfrage erscheint mir persönlich jedoch unser konkretes Handeln, insbesondere im Hinblick auf den nationalen Wahlkampf, zu sein. Forderungen wurden viele gestellt. Wichtig ist mir nun eine lösungsorientierte



Melvin Imhof

Klimapolitik, die uns als konstruktive und glaubwürdige Partei stärkt. Unser Ziel muss es sein, liberale und mehrheitsfähige Lösungen zu erarbeiten, in dem durch Innovation und Fortschritt nachhaltig etwas an der momentanen Situation verändert werden kann. Um dies zu gewährleisten, wollen wir zu einer Versachlichung der Debatte beitragen und diese emotional entschärfen. Wir wollen Experten Gehör verschaffen, um von deren Erfahrung profitieren zu können und die Lösungen aus deren Alltag einem breiten Publikum zu präsentieren. Die Öffentlichkeit müssen wir von innovativen und fortschrittlichen Lösungsansätzen überzeugen und dadurch verhindern, dass Rufe nach linken Verboten immer lauter werden. Unser Motto muss also lauten «Konkrete Lösungen statt Forderungen». Denn nur so sind wir glaubwürdig und überzeugen.

Melvin Imhof
Vorstand JFBT



Digitaler Wahlkampf

Mit modernen Instrumenten Menschen erreichen

Immer mehr Menschen suchen den Zugang zur Politik auf den digitalen Kanälen. Als fortschrittliche Partei wollen wir diese Chancen nutzen und investieren darum in digitale Instrumente. Eines davon halten Sie in den Händen: Ab sofort können Sie den «Freisinn» nicht nur lesen, sondern erleben.

Wir wollen bei den Menschen als liberale und fortschrittliche Kraft spürbar sein. Wir wollen sie dort erreichen, wo sie sich bewegen. Dabei werden neue Kanäle und moderne Instrumente immer wichtiger, denn immer mehr Menschen suchen den Zugang zur Politik auf neuen Wegen. Sie ersetzen klassische Wahlkampfmittel nicht, sondern ergänzen sie. Als Partei des Fortschritts ist es für uns klar, dass wir diese Chancen nutzen wollen.

Haustürwahlkampf ist erfolgreich

So etwa unser digital gestützter Tür-zu-Tür-Wahlkampf (der «Freisinn» berichtete). In einigen Gemeinden in Zürich, Baselland und Luzern gingen unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer von Haustür zu Haustür und wurden dabei von digitalen Instrumenten und Analysen unterstützt. Dieses neue Instrument verbindet den persönlichen Kontakt mit den neuen digitalen Möglichkeiten und ist vielversprechend angelaufen: Auswertungen von gfs.bern zeigen, dass ein um 0,5 Prozentpunkte höherer Wähleranteil erzielt werden konnte. Was auf den ersten Blick nach wenig klingt, ist in Wirklichkeit sehr viel, denn in der stabilen Schweiz können solche Verschiebungen grössere Veränderungen nach sich ziehen. Auf Anhieb einen solchen Effekt zu erzielen, ist also beachtlich. Jetzt werden wir die Massnahme noch verbessern und auf die ganze Schweiz ausweiten.

Den Freisinn nicht nur lesen, sondern erleben

Ein anderes digitales Instrument halten Sie soeben in den Händen! Den «Freisinn» wird es auch in Zukunft noch in Papierform geben, aber wir reichern ihn digital an. Laden Sie gleich die App «XTEND» auf Ihr Smartphone, und entdecken Sie den «Freisinn» ganz neu – auf dieser Seite finden Sie zum Beispiel unser 360-Grad-Video zur Vision! Die sogenannte «Augmented Reality» bietet eine einmalige Schnittstelle zwischen klassischen Mitteln und neuen Technologien. Das Lesen wird zum Erlebnis. Wir werden nicht nur den «Freisinn» mit solchen Elementen anreichern, sondern beispielsweise auch

Unterstützen Sie uns, und folgen Sie uns hier:



Facebook: @fdp.dieliberalen



Twitter: @FDP_Liberalen



Instagram: @fdp_plr



Youtube: FDP Schweiz



LinkedIn: FDP.Die Liberalen Schweiz

Plakate aufhängen, welche die Menschen durch ihr Smartphone ganz neu erleben können.

Des Weiteren hat die FDP Schweiz einen Messestand angeschafft, welcher von den Kantonal- und Ortsparteien für Anlässe gebucht werden kann. Dort haben die Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit, unsere Petra Gössi auf dem Buochserhorn zu besuchen – nämlich mit einer «Virtual Reality»-Brille. Mit diesem Messestand können wir Menschen die Möglichkeiten neuer Technologien direkt und vor Ort vorführen.

Folgen Sie uns auf den digitalen Kanälen

Wenn Sie die sozialen Netzwerke nutzen, haben Sie uns sicher schon auf Twitter, Facebook, Instagram, LinkedIn oder Youtube gefunden. Auf diesen neuen Kanälen erreichen wir mehr Menschen und können uns mit ihnen austauschen. Seit längerer Zeit übertragen wir zudem alle wichtigen Veranstaltungen live auf den sozialen Medien. Folgen Sie uns auf Facebook und den anderen Kanälen, und helfen Sie uns zu mobilisieren!

Marcel Dobler, Nationalrat SG

So nutzen Sie Augmented Reality im «Freisinn»!



Unsere Bilder sind jetzt mehr als Bilder – lassen Sie sie lebendig werden!



- 1 Laden Sie die Gratis-App «Xtend» für iOS + Android herunter.
- 2 Öffnen Sie im Hauptmenü die Funktion «AR SCAN».
- 3 Halten Sie die Kamera auf das mit X markierte Bild.

Jetzt erst recht!

Gemeinsam die Chancen der Zukunft packen

Die letzten kantonalen Wahlen lassen aufhorchen. Die bürgerlichen Parteien haben verloren, die Grünen gewonnen. Diesen Trend einfach auf die Klima- und Umweltpolitik zu schieben, wäre aber falsch. Die Menschen wollen Lösungen für die Probleme, die sie beschäftigen. Sie glauben an die Zukunft und wollen ernst genommen werden. Hier liegt die Chance der FDP – packen wir sie!

Seit den nationalen Wahlen 2015 ist die FDP im Aufwind. Wir sind die stärkste Kraft in den Kantonen und den Städten. Aber die letzten Wahlen in den Kantonen Zürich, Baselland, Luzern und im Tessin verliefen nicht so, wie wir uns das gewünscht haben. Während die Verluste schmerzen, konnten wir aber auch einen grossartigen Sieg ver-

buchen: Die glänzende Wahl von Fabian Peter in den Luzerner Regierungsrat – und das im ersten Wahlgang. Ein frischer Wind!

Mit Herz auftreten

Nichts desto trotz: Die Wahlen sind ein klarer Weckruf! Wir dürfen uns weder auf unseren Lor-

beeren ausruhen noch uns unterkriegen lassen! Wir müssen als zukunftsorientierte, fortschrittliche Kraft mit liberalen Ideen und Lösungen auf die Sorgen der Menschen antworten. Wir müssen unsere Mitglieder mobilisieren und flächendeckend auf der Strasse präsent sein. Wir müssen mit Herz bei den Menschen auftreten. So können wir trotz Gegenwind gewinnen.

Die Menschen wollen Fortschritt!

Die kantonalen Wahlen zeigen eindrücklich: Die Menschen wollen Fortschritt. Und sie wollen für die Probleme, die sie beschäftigen, Lösungen sehen. Das heisst aber nicht, dass sie sich radikale Veränderungen wünschen. Sie wollen ernst genommen werden. Das gilt nicht zuletzt für das Thema, das die Wählerinnen und Wähler zurzeit am meisten beschäftigt: Die Umwelt- und Klimapolitik. Die FDP hat sich dieses Themas angenommen. Mithilfe der Befragung all unserer 120 000 Mitglieder werden wir noch vor den Sommerferien eine Umweltpolitik präsentieren, die nicht einfach auf Verboten und Bevormundung basiert. Das Ziel sind breit abgestützte Rezepte für eine liberale Umwelt- und Klimapolitik als echte Alternative zur staatsverliebten Politik der Grünen. Wir wollen nicht zurück, wir wollen nach vorne – denn Umweltpolitik geht uns alle an.

Gemeinsam mobilisieren und weiterkommen – jetzt erst recht!

Ich bin überzeugt, dass wir mit unserer Strategie auf dem richtigen Weg sind. Aber wir müssen unsere Anstrengungen weiter verstärken und einen erfrischenden Wahlkampf machen. Hierfür brauchen wir jede Einzelne und jeden Einzelnen von Ihnen. Denn jeder Einzelne kann auf seine Art, mit seinen eigenen Fähigkeiten etwas zum #TeamFDP beitragen. Sei es durch die Mithilfe beim Organisieren eines Anlasses, beim Verbreiten unserer Positionen auf den sozialen Medien oder beim Unterstützen der lokalen Tür-zu-Tür-Mannschaft durch einen selbstgebackenen Kuchen.

Wir zählen auf Sie! Gehen wir diesen Weg gemeinsam weiter, und tragen wir unsere liberale Vision nach aussen, dann wird uns das im Herbst zugutekommen! Jetzt erst recht!

Petra Gössi

Präsidentin FDP.Die Liberalen

Jetzt beim #TeamFDP anmelden!

Um Teil des #TeamFDP zu werden, können Sie sich anmelden unter

<https://www.teamfdp.ch/mitmachen>

oder das Bild mit der XTEND-App scannen.



Für die Wahlen im Herbst müssen wir zu den Leuten gehen und mobilisieren – es braucht jetzt alle!



«Der bilaterale Weg ist die Schweizer Lösung»

Hans Hess zum Rahmenabkommen

Für die Schweizer Wirtschaft ist das Rahmenabkommen von grosser Bedeutung. Hans Hess, Präsident des Industrieverbandes Swissmem, äussert sich im Interview über den Wert der Bilateralen, nötige Klärungen und den Mehrwert des Rahmenabkommens für die Bevölkerung.

Herr Hess, der Schweizer Wirtschaft geht es heute gut. Und morgen? Das hängt wesentlich davon ab, ob in der Schweiz die bisher guten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen bestehen bleiben. Die Schweizer Unternehmen haben in der Vergangenheit stets die richtigen Antworten auf konjunkturelle Schwankungen oder technologische Herausforderungen gefunden. Das wird auch künftig so sein.

Die Rahmenbedingungen entscheiden jedoch darüber, ob die Unternehmen die jeweils notwendigen Massnahmen in der Schweiz umsetzen oder im Ausland. Letzteres gilt es zu verhindern. Und da ist die Politik gefordert.

Sie haben sich für das Rahmenabkommen starkgemacht. Warum? Mit dem bilateralen Weg hat die

Schweiz im Verhältnis zur EU die bestmögliche Lösung gefunden. Er wurde mehrmals vom Volk in Abstimmungen gestützt und ist weiterhin der einzig mehrheitsfähige Weg. Das institutionelle Abkommen eröffnet der Schweiz die Chance, diesen bilateralen Weg auf eine langfristig tragfähige Basis zu stellen und den privilegierten Zugang zum EU-Binnenmarkt zu sichern. Das war, ist und bleibt das Hauptziel. Zudem schafft es Rechtssicherheit, ermöglicht den Abschluss neuer Abkommen, bewahrt die schweizerische Souveränität und bringt einen funktionierenden Streitbeilegungsmechanismus.

Wären diese Vorteile nicht auch ohne Rahmenabkommen zu haben? Die Frage ist hier: Was wären die Alternativen? Eine noch stärkere Integration mittels EWR- oder sogar EU-Beitritt kommt für mich nicht in Frage und wäre auch nicht mehrheitsfähig. Ohne institutionelles Abkommen wird sich der Marktzugang zum wichtigsten Absatzmarkt verschlechtern, weil die EU nicht mehr bereit ist, die bestehenden Marktzugangsabkommen zu aktualisieren. Mittelfristig drohen so die Wirtschaftsbeziehungen zur EU materiell auf das Niveau des veralteten Freihandelsabkommens von 1972 zurückzufallen. Auch das ist keine Option. Es ist deshalb unsere grosse Verantwortung, den erfolgreichen und massgeschneiderten bilateralen Weg für die Zukunft zu sichern und weiterzuentwickeln. Dafür braucht es das institutionelle Abkommen. Und zwar jetzt.

Sind Nachverhandlungen nötig? Die EU hat mehrmals betont, dass es keine Nachverhandlungen geben wird. Es braucht aber eine Handvoll Klärungen. Solche Klärungen sind laut EU-Kommission möglich. Aus meiner Sicht betrifft dies folgende Punkte: Erstens muss die EU zusichern, dass die Schweizer Lohnkontrollen der Sozialpartner nicht durch das EU-Entsenderecht und die Durchsetzungsrichtlinie beeinträchtigt werden. Zweitens muss sichergestellt werden, dass bei der Unionsbürgerrichtlinie maximal die Bestimmungen mit konkretem Bezug zum Arbeitsmarkt übernommen werden müssen. Und schliesslich soll bei den staatlichen Beihilfen die auch für Unternehmen wichtige Steuerhoheit der Kantone sowie der Schweiz nicht beschränkt werden.

Was hätte denn die breite Bevölkerung von einem Rahmenabkommen? Mit einem Ja zum Rahmenabkommen schüfe das Volk die Voraussetzungen dafür, dass die Schweiz ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt. Im Gegenzug erhielte das Volk Investitionen in den hiesigen Standort, sicherere Arbeitsplätze, Wohlstand und somit auch genügend Mittel für die Sozialwerke, Bildung, öffentliche Einrichtungen sowie die Bewahrung der Umwelt. Das Erfolgsmodell Schweiz fände seine Fortsetzung. So können wir gemeinsam weiterkommen.

Gemeinsam statt gegeneinander!

Die Schweiz glänzt heute durch gute Rahmenbedingungen, Offenheit für die Digitalisierung und Sozialwerke, die niemanden auf der Strecke lassen. Das ist nicht selbstverständlich. Denn mit radikaler Umverteilung und Rückwärtsgewandtheit gefährdet die Linke den Zusammenhalt in unserem Land.

Die Digitalisierung bietet viele Chancen und kann unsere Gesellschaft in wichtigen Fragen, wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, weiterbringen. Für die Linke dagegen ist sie primär eine Horrorgeschichte. Gefordert wird u.a. ein «Recht auf eine analoge Welt» oder ein Recht auf Abschalten aller Kommunikationsgeräte nach Arbeitsschluss. Das ist nicht nur kaum umsetzbar und bevormundend, sondern auch kurzsichtig. Diese Rückwärtsgewandtheit gefährdet Arbeitsplätze und widerspricht den Bedürfnissen der Menschen: Denn unsere Gesellschaft ändert sich. Wir sollten auf diese neuen Realitäten eingehen und mehr Flexibilität ermöglichen – auch im Interesse des gesellschaftlichen Miteinanders.

Realitätsferner «Klassenkampf»

Gefährdet wird das «Miteinander» auch an anderer

Stelle. In Klassenkampfmanier haben die JUSO kürzlich ihre 99-Prozent-Initiative eingereicht. Sie wollen damit Kapitaleinkommen 1,5-mal so stark besteuern wie Arbeitseinkommen. Geht es nach der Linken, sind wohlhabende Personen und die Wirtschaft die Wurzel allen Übels und tragen nichts zur Allgemeinheit bei. Die Realität sieht anders aus: Die Schweiz ist das europäische Land mit der ausgewogensten Einkommensverteilung vor Steuern und Unterstützungszahlungen. Die Zahlen zeigen, dass der erarbeitete Wohlstand in der Schweiz allen zugutekommt.

Beitrag zum Zusammenhalt der Schweiz

Die 99-Prozent-Initiative verzerrt die Realität und dividiert eine sehr gut funktionierende Schweiz unnötig auseinander. Denn mit guten steuerlichen Standortbedingungen tragen wir dazu bei, dass in



Ruedi Noser

die Schweiz investiert wird und Arbeitsplätze entstehen. Ich leiste gerne meinen Beitrag, weil er dazu beiträgt, Erfolg zu ermöglichen, und meinen Kindern wieder Chancen gibt – damit wir gemeinsam weiterkommen. Ob bei der Besteuerung oder der Digitalisierung: Wir sollten unsere Stärken wahren und nicht damit anfangen, einen Keil in unsere Gesellschaft zu treiben.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

Stärken wir das Unternehmertum

Wenn die Schweiz für die Menschen im Land Perspektiven ermöglichen will, dann müssen wir den Arbeitsplätzen und dem Unternehmertum Sorge tragen. Die Politik muss Raum lassen für unternehmerische Freiheit, Eigenverantwortung und Innovation.

Menschen brauchen Perspektiven: Das Gründen eines Unternehmens sollte einfach und attraktiv sein, denn Selbstständige bringen die Schweiz voran. Die Anerkennung der Selbstständigkeit ist leider oft viel zu schwierig – aufgrund der Bürokratie. Praxisgemeinschaften, Untermietverhältnisse oder Arbeitsgemeinschaften sind diese Kooperationen nur eingegangen, um Effizienzgewinne zu realisieren. Sie werden aber oft zu Unrecht als eigenständige wirtschaftliche Einheiten und damit als Mehrwertsteuerpflichtig eingestuft.

Start-ups stärken

Mit einem Vorstoss will ich die Selbstständigkeit vereinfachen und die Behördenwillkür einschränken: Wer als Selbsterwerbender AHV-angesehen ist, ist als eigenständige wirtschaftliche Einheit (insbesondere bei der MWSt) zu behandeln. Und wer bei der AHV als selbstständig anerkannt wird, soll es auch bleiben können.

Auch meine Fraktionskollegen sind bestrebt, das Unternehmertum zu stärken: Ein Vorstoss von Ruedi Noser will Start-ups und Familienunternehmen bei Mitarbeiterbeteiligungen steuerlich entlasten und so die Innovationsförderung vorantreiben.

Und NR Regine Sauter fordert, dass Jungunternehmer selber entscheiden können, ob sie bei der Arbeitslosenversicherung versichert sein und somit Lohnbeiträge entrichten wollen oder nicht. Denn sie haben heute keinen unmittelbaren Anspruch auf ALV-Leistungen bei Arbeitslosigkeit. Anstelle einer Versicherung wäre Start-ups eher gedient, wenn sie diese Mittel zielgerichtet ins Unternehmen investieren könnten.

Regulierungsflut bremsen

Ein zentrales Anliegen ist uns zudem die Bekämpfung der zunehmenden Menge an neuen Regulierungen. Die FDP-Fraktion lancierte eine «Regulierungsbremse» nach dem Vorbild der bewährten



Daniela Schneeberger

Schuldenbremse. Während das Parlament den Handlungsbedarf erkannt hat, ist der Bundesrat bei diesem wichtigen Thema viel zu zögerlich. Nur wenn es uns gelingt, den Unternehmerinnen und Unternehmern den Rücken zu stärken, bleiben wir als Land erfolgreich und können für die Menschen Perspektiven schaffen. Und nur wenn wir wirtschaftlich erfolgreich sind, haben wir auch die nötigen finanziellen Ressourcen, um drängende Probleme unserer Gesellschaft anzugehen.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL



Ja zu gleich langen Spiessen für KMU

Ja zur AHV-Steuervorlage

Die AHV-Steuervorlage schafft die nicht mehr akzeptierte Sonderbesteuerung ab und sieht dabei Begleitmassnahmen vor, die den Wirtschaftsstandort Schweiz für internationale Unternehmen attraktiv macht. Für den Schweizer Wirtschaftsstandort und insbesondere die KMU bietet die AHV-Steuervorlage ein grosses Plus.

Seit der Finanzkrise 2008 hat sich die Unternehmensbesteuerung international stark verändert. Zu den international nicht mehr akzeptierten Steuerpraktiken zählt die kantonale Sonderbesteuerung, von der bisher international tätige Statusgesellschaften profitieren. Ihr Gewinnsteuersatz ist im Vergleich zu anderen Unternehmen niedrigerer. Die AHV-Steuervorlage ermöglicht die Abschaffung dieser Sonderbesteuerung.

Diese Ausnahmeregelungen ganz ohne Begleitmassnahmen abzuschaffen, ist jedoch keine Option, weil das zu einem extremen Anstieg der Steuerlast führen würde. Die Folgen wären Abwanderung von wichtigen Steuerzahlern, weniger Aufträge für KMU und Verluste von Arbeitsplätzen – eine Ablehnung der AHV-Steuervorlage

schadet dem gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz massiv.

Ein Nein hätte erhebliche Auswirkungen

Ich höre oft die Aussage, «der Exodus wichtiger Beitragszahler in die Kassen der direkten Bundessteuer hätte keine erheblichen Auswirkungen auf das Schweizer Wirtschaftsgefüge». Das ist falsch.

«Erst wenn die momentane Unsicherheit beseitigt ist, werden die Firmen wieder in der Schweiz investieren.»

Heute machen die von diesen Unternehmen bezahlten Steuern fast 50 Prozent der Einnahmen aus der Gewinnbesteuerung aus. Das entspricht über 5 Milliarden Franken. Zusätzlich entrichten Statusgesellschaften weitere Milliarden in Form von Abgaben wie zum Beispiel der Mehrwert- und Liegenschaftssteuer, der Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitgebern und Einkommenssteuern der Arbeitnehmenden. Es ist also entscheidend, diese grossen Steuerzahler in der Schweiz zu halten. Nur so können wir der gesamten Bevölkerung ein gutes Niveau von staatlichen Leistungen garantieren. Die Schweiz benötigt eine Steuerreform, welche trotz Abschaffung der Steuerprivilegien attraktiv für die internationalen Unternehmen bleibt.

Standortattraktivität mit der Steuervorlage erhalten

Die AHV-Steuervorlage schafft die Sonderbesteuerung ab und sieht Begleitmassnahmen vor, die den Wirtschaftsstandort Schweiz für internationale Unternehmen attraktiv macht. Die Patentbox zum Beispiel fördert Forschung und Entwicklung, indem die Gewinne daraus ermässigt besteuert werden. Das Instrument ist international erprobt und breit akzeptiert. Damit die Schweiz im internationalen Wettbewerb fit bleibt, braucht sie gleich lange Spiesse wie ihre Konkurrenzstandorte.

Die AHV-Steuervorlage sieht noch weitere Abzüge bei Investitionen in Forschung und Entwicklung vor. Dies ist insbesondere für die innovativen KMU interessant, denn für sie ist ein starkes und internationales wirtschaftliches Umfeld unverzichtbar. Die sogenannten Statusgesellschaften sind wichtige Nachfrager ihrer Produkte und Dienstleistungen. Der Schweizer Wirtschaftsstandort und die KMU sind auf ein attraktives Steuersystem angewiesen, und genau dieses bietet die AHV-Steuervorlage.

Sagen Sie Ja zu einem starken Standort

Die Standortattraktivität mittels AHV-Steuervorlage zu erhalten, ist sehr wichtig und dringend. Erst wenn die momentane Unsicherheit beseitigt ist, werden die Firmen wieder in der Schweiz investieren, Arbeitsplätze schaffen und sich damit massgeblich an der Finanzierung unseres Staats beteiligen. Deshalb sagt die FDP klar Ja zur AHV-Steuervorlage und damit Ja zu einer Schweiz mit Zukunft.

Hans-Ulrich Bigler, Nationalrat ZH

Das Arbeitsrecht an die heutigen Bedürfnisse anpassen

Mehr Gestaltungsfreiheit bei Arbeit im Homeoffice

Nach der Wirtschaftskommission des Nationalrats hat auch diejenige des Ständerats meiner parlamentarischen Initiative mit dem Titel «Mehr Gestaltungsfreiheit bei Arbeit im Homeoffice» zugestimmt. Um Beruf und Familie besser in Einklang bringen zu können und die Pendlerströme zu reduzieren, soll die Gestaltungsfreiheit der Arbeitnehmenden im Homeoffice erhöht werden. Dafür soll der Spielraum bei der Einteilung ihrer Arbeitszeit erhöht werden.

Wir stehen mitten im digitalen Zeitalter, aber unser Arbeitsrecht ist noch industriell geprägt. Zurzeit steht im Gesetz, dass die Arbeit an einem Tag innerhalb eines Zeitraums von 14 Stunden erbracht werden muss. Das heisst nicht, dass die Arbeitnehmenden an einem Tag während 14 Stunden beschäftigt werden dürfen. Das heisst nur, dass Arbeitnehmende, die ihre Arbeit z.B. um 7 Uhr aufgenommen haben, ab 21 Uhr nicht mehr arbeiten dürfen, und zwar unabhängig davon, wie viele Stunden sie zwischen 7 Uhr und 21 Uhr gearbeitet haben.

Arbeitsrecht an heutige Bedürfnisse anpassen

Die Realität sieht heute jedoch u.a. aufgrund der Digitalisierung für immer mehr Leute anders aus. In vielen Branchen findet bereits ein flexibler Umgang mit Homeoffice statt. Je nach Ausgestaltung befindet man sich aber, ohne es zu wissen, in einem juristischen Graubereich.

Die Initiative will die rechtlichen Grundlagen an

die heutige Zeit anpassen, auf die aktuellen Bedürfnisse eingehen und dieser unnötigen, veralteten Bürokratie den Riegel schieben. Neu soll es Müttern und Vätern, die beispielsweise um 7 Uhr ihre Kinder wecken und um 21 Uhr ins Bett bringen, erlaubt sein, vor und nach der Kinderbetreuung noch ein geschäftliches Mail zu schreiben, um sich zwischen 18 und 21 Uhr voll und ganz der Kinderbetreuung widmen zu können. Darum soll der Zeitraum der Arbeit von 14 Stunden auf 17 Stunden erweitert werden.

Es ist aber explizit nicht das Ziel, die wöchentliche Höchstarbeitszeit anzutasten. Die maximale Dauer der Arbeitszeit – wöchentlich 45 Stunden oder im Schnitt neun Stunden pro Tag – bleibt durch die Initiative unberührt. Zudem gilt auch weiterhin die individuell festgelegte Arbeitszeit, meist 42 Stunden pro Woche. Auch soll niemand dazu verpflichtet werden, 17 Stunden pro Tag zu arbeiten. Dies aus dem einfachen Grund, dass die



Thierry Burkart

gesetzlich festgelegte, tägliche Ruhezeit weiterhin mindestens 11 aufeinander folgende Stunden beträgt.

Es geht also schlicht um eine Modernisierung der regulatorischen Rahmenbedingungen, damit wir auch arbeitsrechtlich für das digitale Zeitalter bereit sind. Nur so können wir die Chancen der Digitalisierung voll ausnutzen und den Arbeitnehmenden ermöglichen, vom technologischen Fortschritt zu profitieren.

Thierry Burkart, Nationalrat AG

Arbeitsmarkt 2.0

Die Gesetzgebung muss angepasst werden

Die Welt ändert sich sehr schnell. Bisher krönte oft ein gut bezahltes Angestelltenverhältnis die Karriere, doch neu tendiert die Gesellschaft zu differenzierteren Arbeitsmodellen.

Diese Entwicklung hat viele Gründe: Viel mehr erwerbstätige Frauen, eine gleichberechtigte Aufgabenverteilung im Haushalt und die Digitalisierung waren Auslöser für viele neue Arbeitsmodelle.

Erwerbstätigkeit und Innovation fördern

Lange wurden Arbeitnehmende einfach gemäss Abhängigkeitsverhältnis in bestimmte Kategorien eingestuft (angestellt vs. selbstständig). Das ist inzwischen oft überholt: Das Arbeitsinstrument (z.B. Auto des Taxifahrers) ist häufig Eigentum des Arbeitnehmers, die Arbeitszeiten sind flexibler, und sogar die Arbeitsverhältnisse und Hierarchien sind nicht mehr so klar wie früher («Freelancer»).

Unsere Gesetzgebung muss somit angepasst werden. Die Gewerkschaften wollen die starren Arbeitsregeln für Angestellte auf alle Erwerbstätigen anwenden. Grosse Digitalunternehmen hingegen sehen eine Gelegenheit, die Arbeitskosten massiv zu reduzieren.

Die Antwort liegt, wie so oft, in der Mitte. Die FDP will die rechtlichen Bestimmungen anpassen, um sicherzustellen, dass alle einen genügenden und wirksamen sozialen Schutz haben. Dadurch werden auch Wettbewerbsverzerrungen vermieden und neue Angebote ermöglicht.

Konkret fordert die FDP die Prüfung eines Zwischenstatus – jenen des unabhängigen Arbeitneh-



Philippe Nantermod

mers. Ein solcher profitiert von einem vereinfachten Regime. Er hat gewisse Sozialversicherungspflichten, kann aber solchen entgehen, die für seinen Status nicht relevant sind. Unser Ziel: die Erwerbstätigkeit und die Innovation fördern – ohne aber das Arbeitsrecht zu unterwandern.

Philippe Nantermod, Nationalrat VS

Visionen gehören in eine nachhaltige Unternehmenskultur

Als freisinnige Unternehmerin engagiere ich mich aus wirtschaftlicher, aber auch aus persönlicher Überzeugung für einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt. Ich begrüsse es sehr, dass die FDP das Thema stärker in den Vordergrund rückt.

Wer als KMU seit fast 100 Jahren auf dem Markt besteht, kommt nicht um eine nachhaltige Unternehmenskultur herum. Diese umfasst nicht nur den sorgsamen Umgang mit Mitarbeitenden, sondern auch mit den verwendeten Materialien und der Umwelt, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Bereits in dritter Generation führen wir als Partner die Fröhlich Info AG in Zollikon. Die grafische Branche musste sich bereits in den 90er-Jahren stark mit der emissionsfreien Produktion auseinandersetzen: Silber in den Filmen und umweltbelastende Farben, das konnte nicht sein. Wir entschlossen uns als Jungunternehmer, diese Problematik anzugehen und Lösungen zur Beseitigung von Umweltsünden zu erarbeiten. Dies hatten wir innert kurzer Zeit geschafft und sind seither immer drangeblieben. Bereits in den 80er-Jahren begeistert von der Solarenergie, gehörte eine Solaranlage

zu unseren ersten grossen Investitionen. Seit 1999 produzieren wir Solarstrom, inzwischen den Jahresbedarf von zehn Haushalten. Und wir fahren Elektromobile. Seit jeher haben wir bewusst auf Innovation und Nachhaltigkeit gesetzt, mit Erfolg.

Kluge Anreize setzen

Gerade aus Unternehmenssicht ist Umweltpolitik auch Wirtschaftspolitik. Dafür braucht es aber mehr als nur Eigeninitiative. Es braucht die richtigen Anreize, die Innovationen und eine besonders effiziente Produktion fördern. Dann entsteht automatisch eine nachhaltigere Wirtschaft. Und als Grundvoraussetzung für diese Nachhaltigkeit sollen in der Schule Umweltthemen noch stärker gewichtet werden.

Von der Politik erwarte ich insbesondere, dass sie Anreize für eine umweltschonende Wirtschaft



Claudia Eberle-Fröhlich und Ehemann Heinz mit der Solaranlage auf dem Dach der Fröhlich Info AG in Zollikon.

ermöglicht. Eine staatliche Überregulierung mit unnötigen Gesetzen, Kontrollen und Vorschriften ist zu vermeiden.

Claudia Eberle-Fröhlich
Unternehmerin und FDP-Mitglied

Nur gemeinsam kommen wir weiter

In dieser Ausgabe beleuchten wir im Fokus Wirtschaftspolitik verschiedene Aspekte. Aber was haben das Rahmenabkommen, «Home Office» und umweltbewusste Unternehmer miteinander zu tun? Zum Abschluss des Themenschwerpunktes erläutere ich Ihnen den Zusammenhang hinter diesen verschiedenen Themen.

Die Schweiz ist ein Unternehmerland: Weit über 600 000 Unternehmen sind hier zu Hause – 99 Prozent davon sind KMU. Sie sind das Rückgrat für den Erfolg und Wohlstand in der Schweiz. Wir müssen uns bewusst sein: Wir alle sind die Gesellschaft. Und wir alle sind die Wirtschaft. Um gemeinsam weiterzukommen, müssen wir alle etwas geben, erhalten aber auch etwas zurück.

Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

Wir Unternehmer brauchen optimale Rahmenbedingungen, um konkurrenzfähig zu bleiben und unsere Arbeitsplätze halten zu können. Dafür ist es zentral, den bilateralen Weg zu sichern und weiterzuentwickeln, wie Hans Hess deutlich gemacht hat. Gleichzeitig braucht es wirksame innenpolitische Massnahmen, worauf Hans-Ulrich Bigler, Daniela Schneeberger und Ruedi Noser eingehen. Wir müssen die Chancen der Digitalisierung nutzen, die Bürokratie

zurückbinden und dafür sorgen, dass Unternehmensgründungen einfach und attraktiv bleiben.

Moderne Arbeitsbedingungen für die Menschen

Zugleich dürfen wir als Unternehmerinnen und Unternehmer nicht nur Forderungen stellen, sondern stehen auch selber in der Pflicht: Wir haben unseren Angestellten faire und moderne Arbeitsbedingungen zu bieten. Dazu gehört, über neue Arbeitsmodelle nachzudenken und Hand zu bieten für eine möglichst flexible Ausgestaltung der Arbeitszeit. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegt nicht nur im Interesse der arbeitenden Mütter und Väter, sondern letztlich auch in unserem. Auch hier braucht es Verbesserungen, wie Philippe Nantermod und Thierry Burkart aufzeigen.

Gemeinsam anpacken

Damit komme ich zur Umweltpolitik, die Wirt-



Hansjörg Brunner

schafts- und Gesellschaftspolitik zusammenbringt. Mit Claudia Eberle-Fröhlich steht eine Unternehmerin stellvertretend für viele Freisinnige, die sowohl in ihrem Betrieb als auch privat Innovation und Nachhaltigkeit leben. Denn nur eine gesunde Wirtschaft hat die Kraft und Innovationsfähigkeit, gemeinsam mit der Gesellschaft die Herausforderungen im Bereich Klima und Umwelt anzupacken – damit wir gemeinsam weiterkommen!

Hansjörg Brunner
Nationalrat TG



Lehrstellen und weniger Reformstau

Das bedeutet die AHV-Steuervorlage für Junge

Am 19. Mai werden wir über eine der wichtigsten Reformen der Legislatur abstimmen. Bei der Entscheidung über die AHV-Steuervorlage müssen wir uns für ein neues Steuermodell nach internationalen Standards entscheiden. Sonderstati werden abgeschafft, und alle Unternehmen sollen künftig mit dem gleichen Satz besteuert werden. Doch was hat das mit uns Jungen zu tun? Wie profitieren wir davon, und was können wir beitragen?

Arbeitsplätze sind ein wichtiges Gut unserer Gesellschaft. Für junge Menschen sind Planungssicherheit und die Attraktivität der Stellen Faktoren, die es nicht zu unterschätzen gilt.

Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit zur Sicherung der Arbeitsplätze

Ziel der STAF ist es, eine im internationalen Vergleich akzeptable Steuerquote zu halten und diesen Unternehmen Rechtssicherheit zu geben, damit sie ihre Aktivitäten in der Schweiz fortsetzen können.

Für uns Junge ist es von entscheidender Bedeutung, dass diese Unternehmen in unserem Land bleiben. Es geht selbstverständlich um Steuereinnahmen, aber vor allem um Arbeitsplätze und Perspektiven! Wir dürfen nie vergessen, dass die beste Sozialpolitik eine florierende Wirtschaft ist, die Arbeitsplätze bieten kann.

Sicherung von Lehrstellen und Innovation

Die grossen Gewinner dieser Reform sind unsere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Sie

machen 99 Prozent des Wirtschaftsgefüges aus und sind die eigentliche Treibkraft unserer Gesellschaft. Zudem stellen sie Lehrstellen und Ausbildungsplätze für unsere Jugend zur Verfügung. Unser duales Bildungssystem lebt von der Vielfältigkeit von Berufen und Unternehmensphilosophien. Zudem

«Wir dürfen nie vergessen, dass die beste Sozialpolitik eine florierende Wirtschaft ist, die Arbeitsplätze bieten kann.»

sind wir auf Investitionen in Forschung und Entwicklung angewiesen. Bereits heute profitieren junge Ausgebildete und Studienabgänger von innovativen Start-ups, die ihnen genau jene Jobs bereitstellen, um den Fortschritt in der Schweiz weiterzuleben. Regulierungsabbau, Rechtssicherheit und Forschungsgelder sind der Nährboden, auf welchem kleine, innovative Unternehmen gedeihen können. Letzteres wird in der Steuervorlage beispielsweise mit der Patentbox und den Steuerabzügen für Forschung und Entwicklung ermöglicht.

Die Herausforderung einer Generation

Was ist mit der AHV? Die STAF plant, Geld in ein System einzuschiessen, ohne das strukturelle Problem zu lösen: das immer grösser werdende Ungleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen. In einer immer komplexer werdenden Welt sind die Sicherung der Arbeitsplätze und Rahmenbedingungen, die es der Schweiz ermöglichen, sich zu entwickeln, zweifellos zentrale Herausforderungen für unsere junge Generation. Ebenso wichtig ist jedoch die Sanierung der Altersvorsorge. Obwohl diese auf Seiten der Steuerreform zu begrüssen ist, bleiben wir nach den Debatten über ihren anderen Aspekt, der Altersvorsorge, im Zugzwang. Inaktiv zu bleiben, während der Generationenvertrag in Gefahr ist, ist keine Lösung. Wir wollen eine echte Reform des Systems, strukturell und langfristig. Denn mehr denn je ist die Zeit für grosse Reformen gekommen. Wir werden die Dinge im Auge behalten. Für die jüngeren Generationen und ihre Zukunft.

Andri Silberschmidt
Präsident Jungfreisinnige



Sicherheit und Wohlstand

Gastbeitrag von Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Am 19. Mai 2019 stimmen die Schweizerinnen und Schweizer über zwei Vorlagen ab, die mir als freisinnige Bundesrätin besonders wichtig sind: Es geht um unseren Wohlstand und um unsere Sicherheit.

Liebe Freisinnige

Seit zehn Jahren arbeiten unsere Sicherheits- und Asylbehörden eng mit den Schengen- und Dublin-Staaten zusammen. Zu dieser Zusammenarbeit gehört auch, dass die Schweiz die Änderungen an der EU-Waffenrichtlinie umsetzt. Bei deren Aktualisierung konnte die Schweiz mitreden, danach haben Bundesrat und Parlament den Spielraum bei der Umsetzung genutzt.

Die Teilrevision des Waffenrechts sieht verschiedene Massnahmen gegen den Missbrauch von Waffen für kriminelle Zwecke vor. Neu müssen alle wesentlichen Waffenbestandteile markiert werden. Das erleichtert es der Polizei, die Herkunft einer Waffe zu klären und den Schwarzmarkt besser zu bekämpfen. Zudem müssen die Schengen-

Länder künftig melden, wenn sie jemandem aus Sicherheitsgründen eine Waffe verweigern.

Niemand wird entwaffnet

Für Schützinnen und Schützen gibt es administrative Änderungen beim Umgang mit bestimmten halbautomatischen Waffen: ein neues Formular,

ein zusätzlicher Nachweis, allenfalls eine Meldung für das kantonale Register. Für Soldaten zum Beispiel ändert sich nichts, sie können ihre Armeewaffe nach dem Militärdienst weiterhin direkt übernehmen.

Die ursprünglichen Befürchtungen der Schützen haben sich also nicht bewahrheitet: Niemand wird entwaffnet. Anlässe wie etwa das Feldschiessen können wie bisher stattfinden.

Die Änderungen sind auf der Linie der Schweizer Politik im Umgang mit Waffen: Sie verbessern den Schutz der Bevölkerung, ohne die Tradition des Schiesswesens anzutasten.

Schengen/Dublin steht auf dem Spiel

Passt die Schweiz ihr Waffenrecht nicht an, steht die Zusammenarbeit mit den Schengen- und Dublin-Staaten auf dem Spiel. Die Schweiz würde vom Fahndungssystem SIS abgehängt. Für die Polizei ist das ein unabdingbares Instrument in der täglichen Arbeit, um Verbrechen und Kriminalität effizient zu bekämpfen. In den letzten zehn Jahren gab es im Schnitt jeden Tag eine Verhaftung in der Schweiz oder für die Schweiz in einem anderen Land Europas. Und die Schweiz würde für abgewiesene Asylsuchende attraktiv. Sie müsste wieder Asylgesuche von Menschen prüfen, deren Gesuch in einem europäischen Land bereits abgelehnt wurde.

Betroffen wären aber auch andere Bereiche: Europareisende, beispielsweise aus asiatischen Ländern, würden für die Schweiz ein zusätzliches Visum brauchen. Die Gefahr besteht, dass unser Land von ihrer Reiseroute gestrichen wird. Darunter würde die Tourismusbranche leiden. Das Schengen-Visum trägt auch massgeblich zur Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz bei: So kann zum Beispiel ein indischer Mitarbeiter eines hiesigen Unternehmens dank des Schengen-Visums ohne weiteres eine Konferenz im Nachbarland besuchen. Ohne solche Möglichkeiten könnte die Schweiz als Standort an Attraktivität verlieren.

Eingeschränkte Reisefreiheit

Auch unsere Reisefreiheit würde ohne die Zusammenarbeit eingeschränkt: An den Grenzen zu den Nachbarstaaten würden wieder systematische Personenkontrollen eingeführt. Lange Wartezeiten und Staus im Strassenverkehr oder Verspätungen für Zugreisende wären die Folge. Alles in allem wür-

«Die Mitgliedschaft bei Schengen/Dublin ist nicht nur für die innere Sicherheit und das Asylwesen zentral. Wichtig ist es auch für die Wirtschaft und unsere Reisefreiheit.»

«Die Änderungen im Waffenrecht bringen mehr Schutz und sind für die Schützen zumutbar.»

de ein Wegfall dieser Zusammenarbeit laut einem Bericht des Bundesrates die Schweizer Volkswirtschaft jährlich Milliarden kosten.

Die Mitgliedschaft bei Schengen und Dublin ist also nicht nur für die innere Sicherheit unseres Landes und das Asylwesen zentral. Auch die Wirtschaft, vor allem der Tourismus, profitiert davon, genauso wie unsere Reisefreiheit.

Ein Nein am 19. Mai würde diese Mitgliedschaft nach 90 Tagen automatisch beenden. Es sei denn, die Schweiz findet in dieser kurzen Zeit mit der EU-Kommission und allen Schengen-Staaten eine Lösung. Diese Hürde ist hoch und das Risiko, dass die Schweiz ausgeschlossen wird, sehr gross.

Für den Bundesrat ist deshalb klar: Die Änderungen im Waffenrecht bringen mehr Schutz und sind für die Schützen zumutbar. Es gibt keinen Grund, deshalb die für uns so wichtige Zusammenarbeit mit Europa aufs Spiel zu setzen.

Arbeitsplätze und AHV sichern

Um nichts weniger als um den wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Schweiz und eine verlässliche Altersvorsorge geht es in der zweiten Vorlage. Mit dem Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) gehen wir also gleich

«Die STAF ist wichtig für den Wohlstand in unserem Land.»

zwei grosse Herausforderungen an. Von links bis rechts bestreitet denn auch niemand, dass in beiden Bereichen dringend Reformen notwendig sind.

Bei der Unternehmensbesteuerung besteht aus zwei Gründen Handlungsbedarf: Die Schweiz muss im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig bleiben, gerade auch um Arbeitsplätze zu sichern. Zudem stehen heute Sonderregelungen zugunsten von vorwiegend international tätigen Unternehmen nicht mehr im Einklang mit internationalen Standards.

Eine wichtige Investition

Die Steuermassnahmen bedeuten zwar für Bund, Kantone und Gemeinden kurzfristig Mindereinnahmen. Aus der Sicht von Bundesrat und Parlament ist das aber gut investiertes Geld, denn damit

sichern wir Arbeitsplätze und ganz allgemein den Wohlstand im Land. Denn mit der Zusatzfinanzierung der AHV wird auch ein sozialer Ausgleich für die steuerliche Entlastung der Unternehmen geschaffen. Der Bundesrat unterstützt diesen sozialen Ausgleich ausdrücklich. Denn damit erhält die AHV dringend benötigte Mehreinnahmen, und das kommt der ganzen Bevölkerung zugute.

Diese ausgewogene Lösung trägt zu gesunden öffentlichen Finanzen bei, sichert attraktive Arbeitsplätze und stärkt gleichzeitig die AHV. Deshalb ist sie wichtig für den Wohlstand in unserem Land.

Beide Vorlagen, die Teilrevision des Waffenrechts sowie die Steuerreform und die AHV-Finanzierung, liegen mir am Herzen, deshalb setze ich mich für sie ein. Im Namen von Bundesrat und Parlament empfehle ich Ihnen zweimal ein Ja am 19. Mai.

Karin Keller-Sutter
Bundesrätin



Scannen Sie das Bild mit der XTEND-App und sehen Sie die die Video-Botschaft von Bundesrätin Karin Keller-Sutter.

«Darum bin ich freisinnig»

Viele Leute haben sich in den letzten Wochen und Monaten entschlossen, Mitglied der FDP zu werden. In einer Serie bringen wir Ihnen einige dieser Menschen näher und wollen wissen, was sie dazu bewegt hat. Den Anfang macht Arber Marniku von der FDP Oberentfelden.

Ich bin Schweizer mit einem kosovarischen Namen, Arber Marniku. Warum ich das erwähne? Woher denn mein Name stamme, ist meist die erste

Frage, die man mir stellt. Dabei gäbe es spannendere Dinge über mich zu erfahren.

Ich bin auch selbstständiger Unternehmer, Mit-



Was passiert hier? Scannen Sie das Bild mit der XTEND-App und erfahren Sie mehr!

gründer eines Buchclubs zu Persönlichkeitsentwicklung und seit neuem Parteimitglied der FDP Oberentfelden.

Ob im linken oder im rechten Lager, ich stimme mit jedem überein, der die Schweiz, ihre Bevölkerung und unsere Mitmenschen rund um den Globus weiterbringt. Extreme sind diesbezüglich kontraproduktiv.

Der Auslöser dafür, der FDP beizutreten, war die Entscheidung, mich selbstständig zu machen. Man muss als Unternehmer zuhören und wissen, was die Bedürfnisse der Menschen sind. Man muss Entscheidungen treffen. Und man muss sich eine eigene Meinung bilden können. Und genau das ist bei der FDP wichtig: Bei der FDP steht der Mensch im Zentrum und keine Ideologie. Man ist frei, sich in allem eine eigene Meinung zu bilden. Selbstbestimmung und Eigenverantwortung werden bei der FDP grossgeschrieben. Das schätze ich.

«Leben, das ist das Allerseltenste in der Welt – die meisten Menschen existieren nur.» (Oscar Wilde) Dieses Zitat von Oscar Wilde reflektiert stark die Ziele, die ich mit der FDP erreichen will. Nur zu existieren, hat etwas mit Routine zu tun. Und Routine ist nicht nur langweilig, sondern auch schädlich in einer sich schnell wandelnden Welt wie unserer. Wirklich leben bedeutet Neues lernen, Offenheit zu zeigen und nach Fortschritt zu streben.

Arber Marniku, FDP-Mitglied seit Februar 2019

FDP Schweiz

Neumitgliederaktion – Helfen Sie mit!

Die Neumitgliedergewinnung und -pflege ist eine absolute Notwendigkeit, um die Partei auf lange Sicht am Leben zu erhalten. Dies lässt sich mit einfachen Mitteln institutionalisieren. Helfen Sie mit – denn so können wir sicherstellen, dass wir zusammen erfolgreich die Wahlen bestreiten können.

Als Mitglied des Vorstands der FDP Schweiz leite ich das «Mitglieder-Ressort», die für die Betreuung der Beitragszahler unserer Partei, für das Angebot effektiver Kommunikationsplattformen und für die Suche nach neuen Mitgliedern zuständig ist.

einer Parteimitgliedschaft. Gerade, um Personen besser kennen zu lernen und herauszufinden, ob sie sich für eine Funktion, eine Kandidatur oder ein anderes Engagement interessieren, ist der persönliche Kontakt unumgänglich.

Flyer für Neumitglieder

Ende Mai erhält jedes Mitglied per Post Neumitglieder-Flyer. Nehmen Sie diese mit an Anlässe, damit Sie auch im persönlichen Gespräch Mitglieder anwerben können. Nachschub erhalten Sie unter info@fdp.ch. Potenzielle Mitglieder finden sich vor allem auch im persönlichen Umfeld. Suchen Sie im Verwandten- und Bekanntenkreis nach politisch interessierten Personen, und laden Sie diese an eine Veranstaltung ein. Das ist der erste Schritt zu

Videos sind willkommen

Ebenso sind immer mehr Menschen auf Social-Media-Kanälen unterwegs. Nutzen Sie diese Kanäle, um die Leute über die Aktivitäten der FDP zu informieren. Dies wird bei interessierten Personen garantiert wahrgenommen.

Auch wir werden von unserer Seite mit kurzen Videobotschaften auf die Neumitgliederaktion aufmerksam machen. Laden Sie neue Mitglieder ein, mitzumachen mit einem kurzen Handyvideo.



Philippe Nantermod will mehr Neumitglieder.

Als eine moderne Partei für Jung und Alt liegt es uns am Herzen, dass die Bedürfnisse aller Altersklassen berücksichtigt werden – wir bieten spannende Plattformen vom Mentoring-Programm bis hin zur FDP 60plus. Packen wir dies also gemeinsam an – danke für Ihren Einsatz! Je grösser die Mobilisierung, desto besser das Wahlergebnis im Herbst!

Philippe Nantermod, Nationalrat FDP VS

Von Tür zu Tür – Erwartungen übertroffen

Gemeinsam weiterkommen.

Es wurde viel geschrieben über den Haustür-Wahlkampf der FDP. Doch wie fühlt es sich eigentlich an, selber von Tür zu Tür zu gehen? Wie kommt das bei den Leuten an? Astrid Furrer teilt ihre Erfahrungen und gibt wichtige Tipps.

Besser kann es nicht gehen: Eben hat uns eine Frau gesagt, sie würde künftig gerne Infos unserer Ortspartei erhalten. Sie ist schon die dritte Person, die Sympathisantin werden möchte. Wir sind unterwegs in Wädenswil in einem Quartier, das laut Analysen von gfs und gemäss unseren Erfahrungen FDP-freundlich ist.

Im Vorfeld der Kantonsratswahlen vom März 2019 waren wir mit zwei Teams unterwegs. Ein Experiment für uns, mit dem Ziel, Erfahrungen zu sammeln. Die Neugier treibt uns an. Wie reagieren die Leute, wenn man an ihrer Tür läutet? Das Konzept ist bestechend, Big Data mit physischer Präsenz zu vereinen. Aktionen auf der Strasse, aber auch die Möglichkeiten von Social Media nutze ich in allen Wahlkämpfen. Was bringt deren Verbindung?

Das Eis ist schnell gebrochen

Zugegeben: Um von Tür zu Tür zu gehen, muss man sich aufraffen. Aber es ist wie Aufräumen; einmal gestartet, läuft es am Schnürchen. Ein gutes

Auftreten will geübt sein. Man ist in einem Zweier-team unterwegs. Der Sprecher sollte ein «Smalltalker» sein, aber nicht penetrant. Wenn man sich als Amtsträger vorstellen kann, hilft das ungemein. Ich begann das Gespräch also folgendermassen: «Grüezi, ich bin Astrid Furrer, Stadträtin und Kantonsrätin.» Et voilà, das Eis war gebrochen.

Die Qualität der Gespräche war sehr hoch, mehr als acht Kontakte pro Stunde sind daher kaum zu realisieren. «D2D» eröffnet die Chance, zu ausgewählten Themen Meinungen einzuholen, taugt für Ortsparteien zur Beziehungspflege und eignet sich gut für Umfragen. Erstaunt waren wir, dass wir nie «davongejagt» wurden. Da sind unsere Erfahrungen weit weg von denen unseres Kollegen vom Zürcher Kreis «Cheib», dem auch schon Bierflaschen nachgeworfen wurden.

Entspannte Gespräche

Die Kontakte gestalteten wir nicht als Interview, sondern als Gespräch. Die Daten gaben wir darum nicht, wie vorgesehen, während des Gesprächs in



Astrid Furrer unterwegs von Tür zu Tür.

die App des Mobiltelefons ein. Dies führte zu einer entspannten Atmosphäre. Wir machten uns hingegen Notizen und gaben die Ergebnisse danach über die Website von ecanvasser.com ein. Wer seine E-Mail-Adresse bekannt gab, unterschrieb den Fragebogen aus Datenschutzgründen.

Ideal erwies sich der Einsatz von 17 Uhr bis zum Eindunkeln um 19 Uhr. Im Sommer kann man gut eine Stunde später starten. Der Einsatz braucht Energie, mehr als zwei Stunden sind nicht zu empfehlen. Entgegen unseren Erwartungen waren viele bereits zu Hause. Widerlegt wurde auch die gängige Meinung, dass die Schweizer um 18 Uhr essen: Offenbar wird der Lebensstil südlicher, jedenfalls trafen wir niemanden an, den wir beim Essen störten. Benachbarte Ortsparteien machten auch gute Erfahrungen mit Nachmittagen und am Samstagmorgen.

Unsere Ortsgruppe wertet D2D als sehr positiv. Man lernt seine Gemeinde noch besser kennen, geht auch einmal in Quartiere, in denen man sonst nicht unterwegs ist. Unsere Erwartungen wurden weit übertroffen. Wir erwägen, auch ausserhalb von Wahljahren ein- bis zweimal im Jahr von Tür zu Tür zu gehen, um den Kontakt zur Wählerschaft zu stärken.

Astrid Furrer
Kantonsrätin und Stadträtin, Wädenswil ZH



Scannen Sie dieses Bild mit der XTEND-App, und sehen Sie unser Door2Door-Video.



Leserbriefe

Wir wollen wissen, was Sie bewegt!

Ihre Meinung interessiert uns. Schreiben Sie uns, was sie bewegt. Die besten Zuschriften werden in unserer neuen Rubrik «Standpunkte» im «Freisinn» abgedruckt.

Hinweise für Leserbrief-Schreibende

- Kurze, prägnante Texte haben grössere Chancen, publiziert zu werden. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Korrespondenz wird keine geführt.
- Bitte schicken Sie uns Ihren Leserbrief per E-Mail und geben Sie uns Name, Adresse und Telefonnummer an, damit wir den Beitrag publizieren können. Unsere Adresse: schoy@fdp.ch.
- Briefe, die sich auf einen Artikel im «Freisinn» oder einen Blogbeitrag auf unserer Website beziehen, müssen dessen Titel und Erscheinungsdatum enthalten.

Starker FDP Klimathemenauftakt zu den Wahlen 2019

Endlich begreifen wir von der FDP, dass das Thema Umweltpolitik aus freisinnig-liberaler Sicht bewirtschaftet werden muss. Es darf nicht aus Opportunismus im Wahljahr 2019 belegt werden. Glaubwürdigkeit bedeutet nicht nur darüber zu reden, sondern zu liefern. Die Klimademonstrationen in den Schweizer Städten sind ein beeindruckend organisierter Auftakt zu den kantonalen und eidgenössischen Wahlen. Es zeigt, wie derzeit grüne Parteipersonlichkeiten eng mit den Initianten der Klimakampagne zusammenarbeiten und ihr Know-how unterstützend einsetzen. Die Koordination geschieht europaweit. Wir können von den professionellen Marketing- und Kommunikationsaktivitäten dieser Kreise nur lernen und besser werden.

Die FDP hat in der Umweltpolitik viel geleistet, besonders auch im Kanton Zürich. Nur wurden die Botschaft und der Leistungsausweis nicht der Öffentlichkeit verkauft. Es waren nach der Waldsterbedebatte 1984 in der Schweiz junge, umweltbewusste, engagierte und gebildete Kreise, die sich zusammenschlossen, grüne Parteien gründeten und mit wahrnehmungstarken Aktionen in Öffentlich-

keit und Medien auftraten. In Deutschland stossen die Grünen durch die Decke und schicken die Traditionspartei SPD in den Abgrund. Die letzten Wahlen in der Stadt Zürich mit dem Kanter Sieg links-grüner Parteien sind ein bestätigendes Signal. Eine gesunde Umwelt ist Teil eines ausgeprägten gesellschaftlichen Sicherheitsbedürfnisses geworden. Nur, wenn Marktkräfte und die technologische Entwicklung bei der Ausarbeitung wirksamer, umweltrelevanter Vorschriften mitberücksichtigt werden, ist Fortschritt möglich. Vorschriften und Gesetze werden nie Erkenntnis und Eigenverantwortung ersetzen. Ökonomie und Ökologie schliessen sich nicht aus. Sie bedingen sich gegenseitig und sichern die Existenzgrundlage von Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt, Arbeitsplätzen, Wachstum und Wohlstand.

Weil die bürgerlichen Parteien in den 80er-Jahren nicht weitsichtig genug waren und das Thema nicht bewirtschafteten, überliessen sie das Feld akademisch ausgebildeten, engagierten, rot-grünen Wende- und Gesinnungspolitikern. Diese nutzten die Wirksamkeit von fokussierten Einthemenparteien. Es braucht weniger links-grüne Ideologien, sondern mehr engagiertes Grün in allen bürgerlichen Parteien als Ausdruck einer nachhaltigen und umfassenden Verantwortung für unsere Umwelt. Wohlstand wird ohne intakte Umwelt nicht zu sichern sein. Das sind alle politischen Parteien den kommenden Generationen schuldig: Ihnen eine Welt zu hinterlassen, in der es sich leben lässt.

Roger E. Schärer, ehemaliges Vorstandsmitglied FDP Bezirkspartei Meilen, Feldmeilen

«Vorschriften und Gesetze werden nie Erkenntnis und Eigenverantwortung ersetzen.»

Meinungsmacher

FDP-Newsletter



Unser monatlicher FDP-Newsletter «Meinungsmacher» liefert Ihnen die neusten Blogs der FDP-Parlamentarier, Informationen zu den wichtigsten politischen Geschäften und News aus der Presse und den sozialen Medien. Bleiben Sie auf dem Laufenden, und seien Sie hautnah dabei! Abonnieren Sie unseren Meinungsmacher.

<https://www.fdp.ch/aktuell/newsletter/newsletter-anmelden/>

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

19. MAI

Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)



JA

19. MAI

Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands.
Änderung der EU-Waffenrichtlinie

AGENDA

4. Mai

Delegiertenversammlung in Flawil, St. Gallen

19. Mai

Eidgenössische Volksabstimmung

22. Juni

Delegiertenversammlung im Kanton Zürich

31. August

Tag der FDP in Aarau

20. Oktober

Eidgenössische Parlamentswahlen

Öffentliches Fachreferat zur Sicherheit

Einladung

Peter Regli

Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a.D.,
ehem. Chef des Schweizer
Nachrichtendienstes,
Delegierter der FDP Schweiz, spricht
zum Thema



Die aktuelle sicherheitspolitische
Lage der Schweiz

Donnerstag 16. Mai 2019 in Zürich

Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhaus
(neben Hotel Glockenhof), Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Donnerstag 3. Oktober 2019 in Bern

Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)

Beginn jeweils: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout und Druck:

NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06

www.fairer-kompromiss.ch



Zwei Pluspunkte
für unser Land.

«Good Deal» or «No Deal»?
Gemeinsam weiterkommen.

Ein Plus für den Werk- und Forschungsplatz
+ Abschaffung der bisherigen Steuerprivilegien
+ dringend notwendige Rechts- und Investitionssicherheit
+ faires Steuersystem mit gleich langen Spießens für KMU
+ pro Jahr 1 Mrd. Franken mehr für Kantone und Gemeinden
+ Investition in attraktive Rahmenbedingungen für den Standort Schweiz

Ein Plus für die AHV

+ Zusatzfinanzierung von 2 Milliarden Franken pro Jahr
+ Beitrag zur unausweichlichen Sicherung der AHV-Renten
+ günstige Lösung für Privathaushalte und Unternehmen
+ kein Ausbau des Sozialstaats

JA zur AHV-
Steuervorlage!



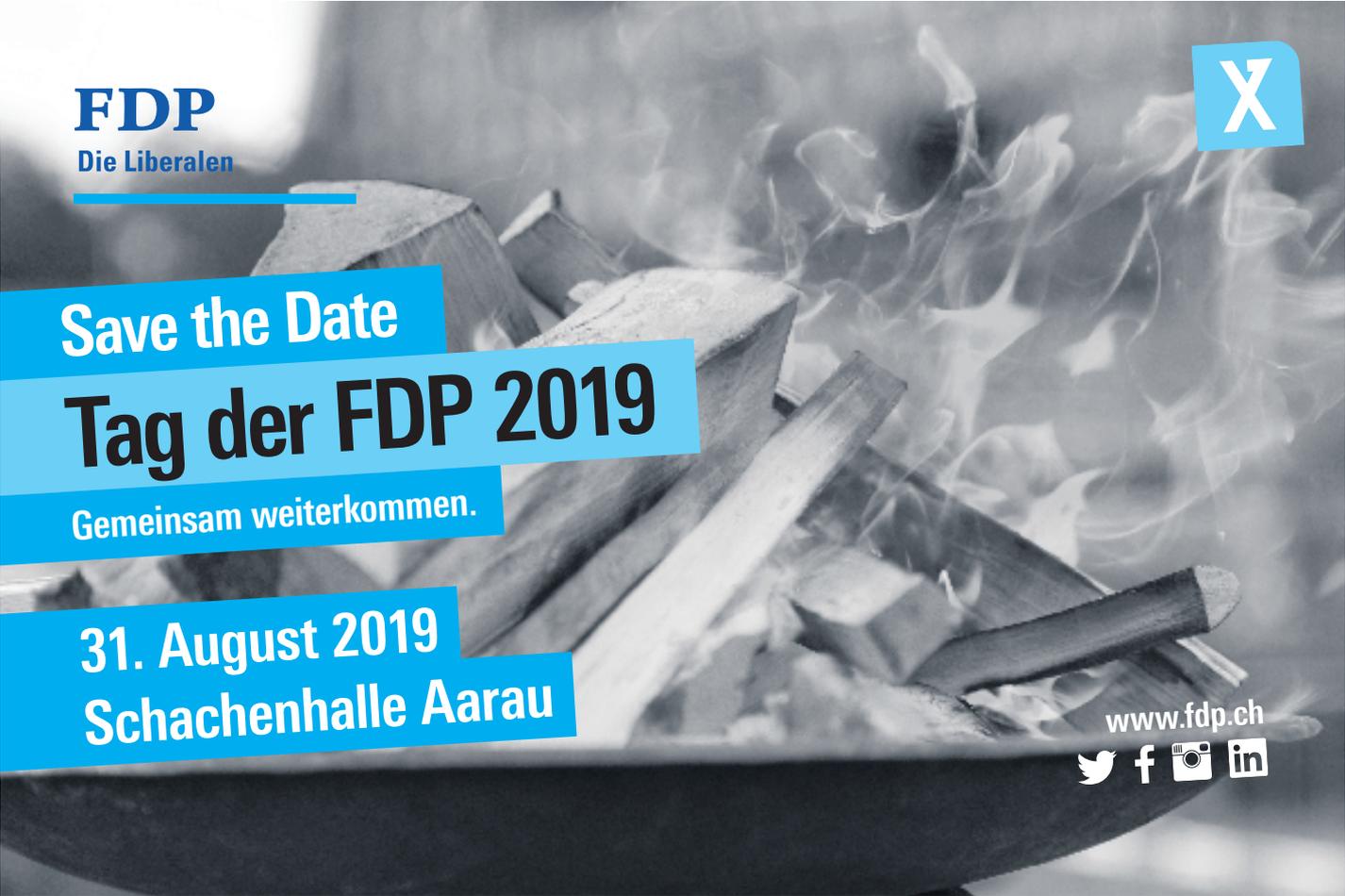
29. JUNI 2019
IN ZÜRICH

Save the Date

3. Internationales Liberales Symposium

der FDP International in Zusammenarbeit mit
ALDE - NZZ - Avenir Suisse

Alle Infos unter:
www.symposium-liberal.ch



FDP
Die Liberalen



Save the Date

Tag der FDP 2019

Gemeinsam weiterkommen.

31. August 2019
Schachenhalle Aarau

www.fdp.ch

